



# NIEDERSCHRIFT

über die 32. Sitzung des Stadtrates  
der Stadt Landau in der Pfalz  
am Dienstag, 21.11.2017,  
im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:12



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals ab 17.56 Uhr TOP 9 ö.S.

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Michael Schreiner

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Prof. Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Florian Maier ab 17.08 Uhr TOP 1 ö.S.

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller



Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

ab 17.36 Uhr TOP 6 ö.S.

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

Parteilos

Bertram Marquardt

Georg Schmalz

AfD

Jürgen Sauer

FDP

Jochen Silbernagel



Vorsitzender

Thomas Hirsch

ab 17.30 Uhr TOP 3 ö.S.

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Jochen Blecher

(Stadtbauamt, „Kommune der Zukunft“)

Bernhard Eck

(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)

Stefan Joritz

(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade

(Stadtbauamt)

Martin Messemer

(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Julia Westermann

(Hauptamt)

Sonstige

Joachim Arbogast

(Ortsvorsteher Mörlheim)

Sandra Diehl

(Leiterin Pressestelle)

Klaus Kißel

(Ortsvorsteher Arzheim)

Dorothea Müller

(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

CDU

Jürgen Doll

SPD

Michael Scheid

Bündnis 90/Die Grünen

Lukas Hartmann

FWG

Michael Dürphold



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Fraktionsübergreifender Antrag der Stadträtinnen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen  
Vorlage: 101/390/2017
3. Antrag des Ortsbeirates Arzheim; Förmliche Festlegung eines städtebaulichen Sanierungsgebietes im Ortsteil Arzheim  
Vorlage: 101/391/2017
4. Zwischenbericht „Kommune der Zukunft“  
Vorlage: 600/094/2017
5. Neubesetzung Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: 100/235/2017
6. Information über die steuerliche Außenprüfung bei der Stadt Landau in der Pfalz  
Vorlage: 200/264/2017
7. 1. Betriebsprüfung der Besteuerungsgrundlagen für den Steuerzeitraum 2010 bis 2015 der Landesgartenschau Landau 2015 gemeinnützige GmbH (gGmbH) in Liquidation durch das Finanzamt; 2. Sachstand und weitere Vorgehensweise im Rahmen der Liquidation  
Vorlage: 200/266/2017
8. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau-Süd“ (Estienne et Foch) -Verlängerung der Ausfallbürgschaft für die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (DSK)-  
Vorlage: 200/269/2017
9. Kommunales Investitionsprogramm 3.0 Rheinland-Pfalz (KI 3.0), Kapitel 2; Maßnahmenvorschlag  
Vorlage: 240/075/2017
10. Neufassung der Hauptsatzung  
Vorlage: 300/137/2017
11. Beitritt zur bestehenden Zweckvereinbarung Schwerpunktjugendamt Trier  
Vorlage: 510/072/2017



12. Erweiterung des ÖPNV - Angebotes in Landau
  - Einbindung des Gewerbeparks Am Messengelände und des Gewerbegebietes Landau - Ost in das Stadtbusliniennetz
  - Einführung von Spätbuslinien zur Anbindung der Stadtdörfer in den späten AbendstundenVorlage: 660/148/2017
13. Unterhaltungsarbeiten im Bereich Grünschnitt, Mäharbeiten, Gehölzrückschnitt und Gräbenprofilierung  
Vorlage: 680/155/2017
14. Jahreszeitvertrag für Reinigungsarbeiten an Straßenabläufen (Los 1), Sandfängen und Rinnen (Los 2) und an Unterführungen und Brücken (Los 3) für die Jahre 2018, 2019 und 2020 im Stadtgebiet Landau in der Pfalz  
Vorlage: 680/156/2017
15. Jahresabschluss 2016 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau AöR  
Vorlage: 860/350/2017
16. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner erklärte, dass sich eine Bürgerinitiative "Kein Wickert XXL" gegründet habe. Man habe 245 Unterschriften in den Straßen der Wollmesheimer Höhe und in Landau-Südwest gesammelt. Man wende sich gegen den monströsen und erdrückenden Bau der Firma Wickert und gegen die geplante Zufahrt über die Rappoltsweiler Straße. Die Unterzeichner würden sich in ihrer Lebensqualität und Gesundheit bedroht fühlen. Seit dem 13. Juli liege die Bauvoranfrage der Firma Wickert vor. Warum suche die Stadt nicht das Gespräch mit den Anwohnern, um eine für alle erträgliche Lösung zu finden, sondern powere das Vorhaben mit aller Gewalt durch. Warum wurden die betroffenen Bürger in den Entscheidungsprozess nicht eingebunden?

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass eine solche Bürgerbeteiligung nicht Teil des Verfahrens sei. Die dem Bauausschuss vorliegende Vorlage habe die Probleme benannt und nicht ausgeblendet. Diese Vorlage habe man auch öffentlich bekannt gemacht und informiert. Der Bauausschuss werde in der nächsten Woche das Projekt erneut beraten und entscheiden. Die Unterschriften nehme er natürlich gerne entgegen. Das Thema der Verkehrsbeziehungen werde man im Arbeitskreis Verkehr beraten.

Ein weiterer Einwohner kritisierte die vorgesehene Zufahrtsregelung über die Rappoltsweiler Straße. In einer anderen Entwurfsvorlage sei die Zufahrt über die Wollmesheimer Straße geplant gewesen. Seine Frage sei, warum man nicht diese Planung forcieren und warum es überhaupt zwei unterschiedliche Pläne gebe.

Bürgermeister Dr. Ingenthron nahm die Wortmeldung zur Kenntnis. Man werde auch dies in der nächsten Sitzung des Bauausschusses beraten.

Herr Kamplade ergänzte, dass beide vorliegenden Pläne im Grunde aktuell seien. Es sei vollkommen normal, dass es unterschiedliche Planungsvarianten gebe, die man im Laufe des Verfahrens prüfe. Der Landesbetrieb Mobilität habe eine Zufahrt über die Wollmesheimer Straße aus verkehrstechnischen Gründen ausgeschlossen. Dies sei nicht im Ermessen der Stadt.

Ein Einwohner teilte mit, dass er zusammen mit zwei anderen Familien Hauptbetroffener der Erweiterung der Firma Wickert wäre. Er fordere, keine Befreiung von den Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes zu gewähren. Seine Frage sei, wie die Verantwortlichen der Stadt sicherstellen, dass der Schutz der nachbarschaftlichen Interessen gewürdigt werde. Er appelliere an die Entscheidungsträger, für eine sensible Entscheidung zu sorgen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron sicherte zu, die Frage aufzunehmen und mit in die Beratungen des Bauausschusses zu nehmen.

Ein weiterer Einwohner zeigte sich verwundert über das Vorgehen der Stadt. Über die Pläne des Unternehmens habe man aus der Zeitung erfahren. Es habe überhaupt keine Möglichkeit zu einem nachbarschaftlichen Dialog bestanden. Man erwarte von einem Bürgermeister, dass er nicht „Werkmeister der Firma Wickert“ sei, sondern Bürgermeister für alle Bürger. Er bitte, dass man zu einem Ergebnis komme, dass alle damit leben können.



Bürgermeister Dr. Ingenthron unterstrich nochmals, dass man das Verfahren so abgehandelt habe, wie es der rechtliche Rahmen vorsehe.

Ein weiterer Einwohner wollte wissen, ob der 80 %-Zuschuss für den Rosenplatz abhängig vom Abriss des Pavillons sei

Herr Kamplade erläuterte, dass der Abriss des Pavillons in der Planung vorgesehen sei und es den 80%-Zuschuss des Landes für diese Planung gebe. Der Zuschuss sei insofern abhängig vom Abriss des Pavillons.

Der Einwohner fragte weiter, ob den Verantwortlichen bewusst sei, dass bei einem Abriss die Fassade des Ostringcenters als „Blickfang“ frei läge. Er stelle sich die Frage, ob dies der Sinn der Neugestaltung sei. Außerdem wolle er wissen, ob Bürgervorschläge akzeptiert würden.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass er sicher sei, dass die Ratsgremien eine gute Entscheidung treffen würden.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### Fraktionsübergreifender Antrag der Stadträtinnen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen

Bürgermeister Dr. Ingenthron verwies auf den fraktionsübergreifenden Antrag der Stadträtinnen vom 26. Oktober 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Follenius-Büssow begründete den Antrag. Gewalt gegen Frauen sei weltweit nach wie vor eines der größten Gesundheitsrisiken für Frauen. 25 % der Frauen in Deutschland seien von häuslicher Gewalt betroffen. Nicht jede Frau zeige aber Gewalt an. Das Problem sei also längst nicht gelöst, die Zahl der Gewalttaten an Frauen bleibe seit Jahren stabil auf erschreckend hohem Niveau. Mehr Aufmerksamkeit für dieses Thema könne ein Bewusstsein in Gang setzen. Gewalt an Frauen müsse geächtet werden. Hierfür gelte es Flagge zu zeigen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron empfahl dem Stadtrat, dem Antrag zuzustimmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Die Stadt Landau hisst zur öffentlichen Sichtbarmachung und zur Unterstützung des Anliegens des „Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen“ die Flagge „frei leben – ohne Gewalt“ der Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES am Balkon des Landauer Rathauses.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

**Antrag des Ortsbeirates Arzheim; Förmliche Festlegung eines städtebaulichen Sanierungsgebietes im Ortsteil Arzheim**

Bürgermeister Dr. Ingenthron verwies auf den Antrag des Ortsbeirates Arzheim vom 9. November 2017, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ortsvorsteher Kißel begründete den Antrag. In Arzheim gebe es viele alte Häuser, die saniert werden müssten. Im Zuge der Sanierung der Arzheimer Hauptstraße könnte die Ausweisung eines Sanierungsgebietes ein Anreiz für die Eigentümer sein.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag des Ortsbeirates Arzheim vom 9. November 2017, in Arzheim ein Sanierungsgebiet auszuweisen, wird in den Bauausschuss verwiesen.**



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

### **Zwischenbericht „Kommune der Zukunft“**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. September 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man könne nun nach einem Jahr eine gute Zwischenbilanz des Modellprojektes „Kommune der Zukunft“ ziehen. Erste Projekte hätten in den Ortsteilen bereits umgesetzt werden können. In jedem Ortsteil gebe es nun sogenannte Leuchtturmprojekte. Das Land habe signalisiert, dass man am Ende dieses Modellprozesses zu einer Bezuschussung dieser Leuchtturmprojekte kommen könne. Er danke Herrn Blecher und Frau Struppler-Bickelmann für die geleistete Arbeit.

**Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

**Neubesetzung Jugendhilfeausschuss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 26. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt**

**Frau Regina Pfiester, 76829 Landau in der Pfalz**

**als Mitglied und**

**Herrn Christoph Seither, 76863 Herxheim**

**als stellvertretendes Mitglied**

**in den Jugendhilfeausschuss.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Information über die steuerliche Außenprüfung bei der Stadt Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 9. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

**Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)**

**1. Betriebsprüfung der Besteuerungsgrundlagen für den Steuerzeitraum 2010 bis 2015 der Landesgartenschau Landau 2015 gemeinnützige GmbH (gGmbH) in Liquidation durch das Finanzamt; 2.Sachstand und weitere Vorgehensweise im Rahmen der Liquidation**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 12. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

**Der Stadtrat nahm die Informationsvorlage zustimmend zur Kenntnis.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau-Süd“ (Estienne et Foch) -  
Verlängerung der Ausfallbürgschaft für die Deutsche Stadt- und  
Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (DSK)-**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und  
Wirtschaftsförderung vom 26. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage  
beigefügt ist.

Herr Messemer ergänzte, dass der Bürgschaftsrahmen jedes Jahr zu beschließen sei. Der  
Bürgschaftsrahmen werde jeweils nach Fortgang der Maßnahme angepasst.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die Aufnahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft in Höhe von 6,0 Mio Euro für die  
Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (im Folgenden  
DSK genannt). Die in diesem Zusammenhang stehende bedarfsorientierte Aufnahme  
von Krediten zur Liquiditätssicherung durch die DSK erfolgt zunächst in selbiger Höhe.**

**Die Verlängerung der Bürgschaft wird bis zum 31.12.2018 befristet.**

**Parallel hierzu wird die Verwaltung beauftragt, die gemäß § 104 Absatz 2 GemO  
erforderliche Genehmigung zur Verlängerung der Übernahme einer modifizierten  
Ausfallbürgschaft bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) einzuholen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

### Kommunales Investitionsprogramm 3.0 Rheinland-Pfalz (KI 3.0), Kapitel 2; Maßnahmenvorschlag

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 14. November 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Das Kommunale Investitionsprogramm sei Ausdruck der Problematik finanzschwacher Kommunen. In dieser zweiten Förderrunde seien vorrangig Schulprojekte und Schulbaumaßnahmen im Blickpunkt. Das Land Rheinland-Pfalz habe vom Bund für diese Maßnahme 256 Millionen Euro zugewiesen bekommen. Hiervon werde die Stadt Landau 4,7 Millionen Euro erhalten. Man habe sich im Stadtvorstand auf vier Maßnahmen geeinigt. Den Neubau der Sporthalle West melde man nochmals an, weil man über dieses Programm 80 % Bundesmittel und 10 % Landesmittel erhalten könne. Damit könne man hier eine höhere Förderung erwarten und dieses Geld fließe auch sofort. Ein neues Projekt sei die Jugendverkehrsschule. Dieser Verkehrsübungsplatz sei in die Jahre gekommen und eigentlich kaum noch nutzbar. Mit einer Sanierung könnten auch andere Personengruppen wie Senioren, Menschen mit Beeinträchtigungen oder Flüchtlinge mit eingebunden werden.

Ratsmitglied Lerch sah es sehr positiv, dass 4,7 Millionen Euro nach Landau fließen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien nachvollziehbar. Seine Frage sei, ob das Land Geld spare oder weitere Maßnahmen zusätzlich finanziere.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Schulbaumittel des Landes erhalten bleiben und somit mehr Maßnahmen eine Förderung erhalten können.

Ratsmitglied Vogler begrüßte die vorgeschlagenen Projekte. Sie rege an, den Verkehrsübungsplatz umzubenennen gerade weil man ihn für neue Zielgruppen öffnen wolle. Durch diese neue Fördermöglichkeit könne die Stadt auch bei der Sporthalle West endlich loslegen.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde. Seine Frage sei, wie der zeitliche Rahmen hinsichtlich der Sporthalle West sei.

Der Vorsitzende erläuterte, dass der vorgesehene Zeitplan bleibe. Der Abriss der Rundsporthalle sei ab Januar 2018 vorgesehen. Im Frühjahr 2018 sei dann der Beginn des Neubaus der Sporthalle West vorgesehen, die Fertigstellung Mitte 2019.

Ratsmitglied Freiermuth sprach von einem richtig guten Programm für die schulische Infrastruktur. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl fand es sehr erfreulich, dass Dinge nun angepackt werden könnten. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Schmitt sah ein gewisses Risiko, die Rundsporthalle abzureißen ohne den Zuschussbescheid zu haben. Mit der Freisportanlage am Eduard-Spranger-Gymnasium und der Integrierten Gesamtschule habe er seine Probleme. Die Zusammenlegung dieser Sportanlagen sei nirgends besprochen worden. Bei allem Verständnis für die Eile und die Notwendigkeit schnell zu handeln, seien weder die Schulen noch die politischen Gremien eingebunden worden. Er werde zwar der Sitzungsvorlage zustimmen, gebe



aber zu Protokoll, dass er mit dem vorgeschlagenen Maßnahmenpaket nicht einverstanden sei.

Bürgermeister Dr. Ingenthron unterstrich, dass diese Diskussion nicht neu sei. Es sei ein Gebot der Vernunft, die Freisportanlagen beim ESG und der IGS zusammenzulegen.

Ratsmitglied Schmitt entgegnete, dass dies nicht im Sinne der IGS sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. die folgenden Projekte in der aufgeführten Reihenfolge auf die Maßnahmenliste des Kommunalen Investitionsprogramms 3.0 – Rheinland-Pfalz (KI 3.0), Kapitel 2 zu setzen:

- Sanierung und Erweiterung der Jugendverkehrsschule (Kostenvolumen 600.000 Euro)
- Freisportanlagen ESG/IGS (Kostenvolumen 725.000 Euro)
- Erweiterung der Grundschule Süd (Kostenvolumen rd. 1.300.000 Euro)
- Neubau Sporthalle West (Kostenvolumen 4.100.000 Euro/Kostenrichtwert 3.270.000 Euro)

2. Nach positiver Rückmeldung des Ministeriums der Finanzen Rheinland-Pfalz, die entsprechenden Förderanträge beim zuständigen Fördermittelressort einzureichen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

### Neufassung der Hauptsatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 18. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Auf Empfehlung des Hauptausschusses solle in § 10 Absatz 1 Nr. 1 „Aufgaben der Ortsbeiräte“ die Zuständigkeit für die Vermietung gemeindeeigener Wohnungen doch bei den Ortsbeiräten bleiben. Eine Änderung erfolge dann nach der Gründung der Wohnungsbaugesellschaft.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf der Neufassung der Hauptsatzung als Satzung.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Beitritt zur bestehenden Zweckvereinbarung Schwerpunktjugendamt Trier**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 4. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem vorgelegten Entwurf der Zweckvereinbarung zuzustimmen, wonach das Jugendamt der Stadt Trier die Aufgaben des Jugendamtes u.a. der Stadt Landau in der Pfalz zur Unterbringung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (Clearingverfahren nach § 3 LVO über das Verfahren zur landesinternen Verteilung unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher) als Schwerpunktjugendamt wahrnimmt. Die Zustimmungsempfehlung gilt auch für etwaige Änderungsforderungen seitens der ADD, soweit die Zweckvereinbarung im Kernbereich unangetastet bleibt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

### Erweiterung des ÖPNV - Angebotes in Landau

- Einbindung des Gewerbeparks Am Messegelände und des Gewerbegebietes Landau - Ost in das Stadtbusliniennetz
- Einführung von Spätbuslinien zur Anbindung der Stadtdörfer in den späten Abendstunden

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 28. September 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Wagner erklärte, dass es eine Verbesserung sei, die man anerkenne. Dennoch gebe es immer noch erhebliche Defizite im öffentlichen Nahverkehr, die man im Hinblick auf die Neuausschreibung der Linienbündel im Blick behalten sollte.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Einbindung des Gewerbeparks Am Messegelände und des Gewerbegebietes Landau – Ost in das Stadtbusliniennetz wird zugestimmt.
2. Der Einführung von Spätbuslinien zur Anbindung der Stadtdörfer an die Innenstadt in den späten Abendstunden wird zugestimmt.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Unterhaltungsarbeiten im Bereich Grünschnitt, Mäharbeiten, Gehölzrückschnitt und Gräbenprofilierung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 25. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Auftrag zur Ausführung von Unterhaltungsarbeiten im Bereich Grünschnitt (Mäharbeiten, Gehölzrückschnitt, Gräbenprofilierung) als Zeitvertrag vom 01.01.2018 bis 31.12.2020 ist der Firma Theodor Hellinger, Karlsbad-Langensteinbach, zu den Preisen ihres Angebotes vom 12.10.2017, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 88.577,65 EUR jährlich abschließt, zu erteilen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)**

**Jahreszeitvertrag für Reinigungsarbeiten an Straßenabläufen (Los 1), Sandfängen und Rinnen (Los 2) und an Unterführungen und Brücken (Los 3) für die Jahre 2018, 2019 und 2020 im Stadtgebiet Landau in der Pfalz**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 27. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Auftrag zur Ausführung der Reinigungsarbeiten an Straßenabläufen (Los 1) und Unterführungen und Brücken (Los 3) ist der Firma Bio-Chem, Schifferstadt, zu den Preisen ihres Angebotes vom 16.10.2017, das mit geprüften Summen einschließlich Mehrwertsteuer bei Los 1 in Höhe von 43.292,38 EUR jährlich und Los 3 in Höhe von 3.546,68 EUR jährlich abschließt, zu erteilen.**

**Der Auftrag zur Ausführung der Reinigungsarbeiten an Sandfängen und Rinnen (Los 2) ist der Firma Rockstroh GmbH, Bad Rappenau, zu den Preisen ihres Angebotes vom 07.10.2017, das mit einer geprüften Summe einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 19.688,55 EUR jährlich abschließt, zu erteilen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)**

**Jahresabschluss 2016 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau AöR**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 5. Oktober 2017, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**I. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung und Entlastung des Vorstandes**

**1. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses:**

Der Verwaltungsrat stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2016 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 95.706.691,42 € und den Jahresverlust mit 137.966,62 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige

|                         |               |
|-------------------------|---------------|
| Abwasserbeseitigung mit | 51.247,21 €   |
| Abfallentsorgung mit    | -53.271,04 €  |
| Bauhof mit              | -12.343,76 €  |
| Straßenreinigung mit    | -106.397,83 € |
| Service                 | -17.201,20 €  |

zusammensetzt und beschließt die Verwendung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresgewinn des Betriebszweiges Abwasserbeseitigung wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresverlust der Betriebszweige Abfallentsorgung und Straßenreinigung wird mit der allgemeinen Rücklage verrechnet. Der Jahresverlust der Betriebszweige Bauhof und Service wird dem Verlustvortragskonto zugewiesen.

**2. Entlastung des Vorstandes:**

Der Verwaltungsrat beschließt gemäß § 7 Abs. 2 Ziffer h der Satzung die Entlastung des Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2016.

**II. Der Rat der Stadt Landau stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zu.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

### Verschiedenes

Ratsmitglied Schwarzmüller bat um Mitteilung, was mit dem Inventar der Rundsporthalle geschehe, dass für die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen gewesen sei.

Der Vorsitzende erläuterte, dass man dies rückbauen und einer sinnvollen Verwendung zuführen werde.

Ratsmitglied Lerch sprach die Risiken durch potentiell gefährliche Asylbewerber an. Die Frage sei, ob dies für Landau ein Thema sei.

Der Vorsitzende betonte, dass man natürlich mit der Polizei in engem Kontakt sei. Auch die eigenen Mitarbeiter seien entsprechend sensibilisiert. Im Moment gebe es keinen akuten Problemfall.

Ratsmitglied Burgdörfer wies auf die Aktion Kinderwunschbaum im Foyer des Rathauses hin.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Unterstützung bei der Tombola zur Unterstützung des Hauses zum Maulbeerbaum auf dem Nikolausmarkt.



Die Niederschrift über die 32. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 21.11.2017 umfasst 28 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 219.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch  
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister  
Vorsitzender TOP 1 – 3 ö.S.

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter